

08.11.1939- Vor 80 Jahren fehlgeschlagenes Sprengstoffattentat von Georg Elser auf Hitler im Münchener Bürgerbräukeller.

13.11.1979 - Vor 40 Jahren streikten - erstmals in der BRD - 15.000 Lehrer in drei Bundesländern für kürzere Arbeitszeit.

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

Für Halle und den
Saalekreis

11. Ausgabe / 29. Jahrgang

12. November 2019

Einladung zum Stadtparteitag der LINKEN.Halle am 23. November 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit laden wir Euch herzlich zu unserem nächsten Stadtparteitag am 23. November 2019 ein, den wir wie immer als Gesamtmitgliederversammlung durchführen.

Wir tagen im Siedehaus des Technischen Halloren- und Salinemuseum (Mansfelder Str. 52, 06108 Halle) ab 10 Uhr.

Diesmal stehen diverse Wahlen im Mittelpunkt, da viele zweijährige Amtszeiten enden. Folgende Ämter und Gremien müssen neu besetzt werden:

- 1.) Stadtvorstand
- 2.) Landesausschuss
- 3.) Finanzrevisionskommission
- 4.) Delegierte Bundesparteitag

Bitte überlegt Euch, ob Ihr Euch vorstellen könnt, für eines dieser Ämter zu kandidieren. Falls Ihr Fragen dazu habt, meldet Euch einfach bei uns (info@dielinke-halle.de). Etwa zwei Wochen vor dem Parteitag werden wir nochmal aktuelle Unterlagen mit Kandidierenden, dem Vorschlag einer Geschäftsordnung, einer Tagesordnung und für die Besetzung der Arbeitsgremien versenden.

Als Stadtvorstand möchten wir Euch auch schon einen Beschlussvorschlag zur Zusammensetzung des neuen Vorstandes machen:

„Der Stadtparteitag der LINKE.Halle beschließt, dass der neue Stadtvorstand aus zwei Vorsitzenden, einem*einer stellv. Stadtvorsitzenden und einem*einer Schatzmeister*in, die quotiert gewählt werden, sowie mindestens acht weiteren Mitgliedern, die ebenfalls quotiert gewählt werden, bestehen soll.“

Mit solidarischen Grüßen

Der Stadtvorstand DIE LINKE.Halle

DIE LINKE.Halle • Leitergasse 4 • 06108 Halle/ Saale

Aus der letzten Stadtratssitzung am 30. Oktober 2019

Wieder hatten wir eine prall gefüllte Tagesordnung abzuarbeiten, die auch deshalb so vollgepackt war, weil noch Anfragen und Anträge aus der Stadtratssitzung September auf der Tagesordnung standen..

Doch zu Beginn der Tagesordnung wurde eine Gedenkminute für die Opfer des Terroranschlages vom 9. Oktober in Halle abgehalten. Katja Müller, Stadtratsvorsitzende, gedachte der Opfer in ihrer Rede und betonte, dass „unglaublich viele Menschen in dieser Stadt ...nach dem Anschlag gezeigt haben, dass die Opfer und Betroffenen nicht alleine sind, dass Solidarität und Mitgefühl gelebt werden und eine Stadtgesellschaft in schweren Zeiten zusammenrücken kann. Das ist der Weg, den wir weiter gehen müssen“

Ein neuer Beigeordneter für Finanzen musste gewählt werden.

Herr Geier, bisheriger Beigeordneter für Finanzen, war der einzige Kandidat für dieses Amt. Ursprünglich gab es drei Bewerber. Ein Bewerber nahm seine Bewerbung schon vor einiger Zeit, der zweite Bewerber am Tag des Stadtrates zurück. Herr Geier wurde mit knapper Mehrheit gewählt und wird jetzt weitere 7 Jahre für die Finanzen der Stadt Halle (Saale) Verantwortung tragen.

Als durchaus positiv werten wir, dass es nun endlich gelungen ist, den Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale) einzuführen. Gemeinsam mit den Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der MitBÜRGER & DIE PARTEI haben wir einen Änderungsantrag zur Vorlage der Verwaltung durchgebracht, der noch einmal unsere Anforderungen an ein Jugendparlament deutlich unterstreicht. So haben wir u. a. durchgesetzt, dass es eine Online-Wahl gibt, das das aktive Wahlrecht mit dem Eintritt in die Grundschule beginnt und alle Kinder und Jugendliche ab dem vollendeten 12. Lebensjahr wählbar sind. Diese Vorschläge sind auch mit dem Kinder- und Jugendrat der Stadt Halle (Saale) abgestimmt. Das war uns wichtig. Gerade zu den Altersbegrenzungen gab es eine sehr strittige Diskussion im Rat. Können Kinder mit 6 Jahren schon wählen? Werden sie politisch missbraucht? Wir vertreten die Meinung, dass Kinder in diesem Alter, wenn man ihnen kindgemäße Erklärungen gibt, sehr wohl wissen, wie man mit demokratischen Strukturen umgeht, wie man sich einbringen kann etc.

Unser Antrag zur Entwicklung einer autofreien Altstadt ist im Stadtrat mit kleinen Änderungen bestätigt wurden. Die Stadtverwaltung wurde beauftragt, den Ansatz einer eigenständigen Verkehrskonzeption Altstadt wieder aufzugreifen, die Verkehrskonzeption Altstadt aus dem Jahre 1997 fortzuschreiben und mit dem Ziel einer „weitestgehend autofreien Altstadt“ zu überarbeiten, heißt es im Beschlusstext.

Gemeinsam mit den Fraktionen Bündnis90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion haben wir einen Antrag zur Förderung des Carsharing in den Stadtrat eingebracht, der auch die Zustimmung im Rat erfuhr. So sollen z. B. Carsharinganbietern auf Antrag bis zu 5 Stellplätze pro Stadtteil bzw. Stadtviertel zur Verfügung gestellt werden. Und ein Beschlusspunkt heißt, dass die Stadt Halle (Saale) zukünftig Carsharing für den eigenen Fuhrpark nutzt! Wir gehen davon aus, dass wir mit diesen Angeboten ein Stück zur „Verkehrswende“ beitragen.

In der letzten Stadtratssitzung haben wir einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz behandelt. Wir möchten gern, dass das neue Planetarium am Holzplatz mit seiner voraussichtlichen Eröffnung im Jahr 2021 den Namen „Planetarium Halle (Saale)-Sigmund Jähn“ erhält.

Der Stadtrat hat den Antrag zunächst in den Kulturausschuss zur Beratung verwiesen. Katja Müller brachte den Antrag ein und betonte, dass die Leistung, erster Deutscher im All zu sein, anerkannt werden müsse und auch losgelöst von den politischen Umständen des damaligen kalten Krieges. Diese Leistung verdiene eine gesamtdeutsche Erinnerungskultur. Obwohl die CDU Mitantragstellerin ist, so Frau Dr. Wünscher (CDU), gibt es noch kritische Nachfragen. Sigmund Jähn ist ein exponierter Repräsentant des DDR-Regimes und hatte Kontakte mit der Staatssicherheit. Sie will daher die Unterlagen von der Stasi-Unterlagenbehörden einholen.

Hoffen wir mal, dass bis zur Eröffnung des Planetariums alle Probleme gelöst werden und wir das neue Planetarium mit dem Namen „Sigmund Jähn“ eröffnen können.

Ute Haupt

Danke Hendrik Lange

Auch an dieser Stelle möchte ich dem gemeinsamen Oberbürgermeisterkandidaten unserer Partei, der SPD und Bündnis 90/Grüne Hendrik Lange herzlichen Dank für seinen Mut und sein Engagement im Wahlkampf sagen. Das gilt natürlich auch für sein Wahlkampfteam und die vielen Unterstützerinnen und Unterstützer. Mit über 38% haben wir ein sichtbares Zeichen gesetzt, dass einem Großteil der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) an Transparenz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gelegen ist. Ich bin mir sicher, dass unsere Fraktion im Stadtrat, der ja auch Hendrik angehört, darauf weiterhin achten und gerade diese Transparenz einfordern wird.

Marianne Böttcher

Vorsitzende des Stadtverbandes

Stefan Gebhardt, Landesvorsitzender der LINKEN in Sachsen-Anhalt, zum Ausgang der Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters in der Stadt Halle an der Saale:

»Das Wahlergebnis steht so gut wie fest, der gemeinsame Kandidat Hendrik Lange der LINKEN, der SPD und der Grünen erreicht über 38%. Mein Dank gilt allen Wählerinnen und Wählern und gleichermaßen allen Unterstützerinnen und Unterstützern, die in den vergangenen Wochen mit unheimlich viel Kraft, Leidenschaft und Engagement für Hendrik Lange und den sozialen Wechsel, hin zu mehr Transparenz und demokratischen Ausgleich gekämpft haben.

Auch wenn Hendrik Lange die Stichwahl nicht gewonnen hat, so ist es doch mehr als ein Achtungserfolg für uns. Der Stadtverband DIE LINKE in Halle mit seinen vielen aktiven Genossinnen und Genossen wird auch in den kommenden sieben Jahren und darüber hinaus weiter für soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Saalestadt kämpfen.«

Landtagswahl in Thüringen:

Elf der 29 LINKE-Abgeordneten ziehen neu in den Landtag ein

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis kam die Thüringer LINKE bei den Wahlen am 27. Oktober auf 31,0 Prozent und wurde damit zum ersten Mal in ihrer Geschichte stärkste Kraft bei einer Landtagswahl.

2014 lag sie noch bei 28,2 Prozent. Zur Vorbereitung der konstituierenden Sitzung der neuen Landtagsfraktion, die am 7. November nach Bekanntgabe des offiziellen Ergebnisses durch den Landeswahlleiter stattfindet, hatten sich am 4. November die gewählten 29 LINKE-Abgeordneten im Käte-Duncker-Saal im Landtag getroffen.

Elf der Abgeordneten der neuen Linksfraktion ziehen erstmals in den Thüringer Landtag ein.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
08. 11. 2019
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 05. 12. 2019

DIE LINKE lobt Clara-Zetkin-Frauenpreis 2020 aus

Harzkreis/Berlin.

Die Bundespartei der LINKEN lobt anlässlich des Frauentages 2020 zum zehnten Mal den Clara-Zetkin-Frauenpreis aus, mit dem herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik gewürdigt werden. Wie der Bundestagsabgeordnete Jan Korte, die Landtagsabgeordnete Monika Hohmann und die Harzer Kreisvorsitzende Evelyn Edler in einer gemeinsamen Erklärung mitteilen, sind Vorschläge bis zum 15. Januar 2020 möglich.

„Im Sinne Clara Zetkins würdigt der Preis jährlich ein Projekt, das die Lebensbedingungen von Frauen verbessert, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft befördert oder anderen Frauen auf ihrem Lebensweg ein Vorbild, eine Anregung geworden ist“, so die drei Linkspolitiker, die ausdrücklich auch Vereine, Initiativen und Frauen aus der Harzregion ermuntern, sich zu bewerben.

Zu den Bewerbungsvoraussetzungen erklären Korte, Hohmann und Edler:

„Es können sich Fraueninitiativen oder Projekte für den Frauenpreis selbst bewerben oder vorgeschlagen werden, die im Sinne folgender Inhalte und Kriterien



wirken: Engagement für Frauen oder die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft, hier auch besonders in Politik, Wissenschaft, Kultur und Kunst. Frauen, die mit ihrem kulturellen oder künstlerischen Schaffen eine solidarische und gerechtere Gesellschaft befördern sowie anderen Frauen als Vorbild dienen.“

Vorschläge sind online auf www.die-linke.de und an DIE LINKE, Stichwort:

„Clara-Zetkin-Frauenpreis“, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, möglich, so die Harzer Linkspolitiker abschließend.

Direkter Link:

<https://www.die-linke.de/themen/feministische-politik/clara-zetkin-frauenpreis/clara-zetkin-frauenpreis-2020/>

Sehr geehrte Damen und Herren,

die linke Hochschulgruppe SDS Halle fordert die Absage der Veranstaltung der Stiftung „Beziehungskultur“ von Hans-Joachim Maaz in der Leopoldina am 23.11.2019. Grund dafür sind sowohl Maaz' Kontakte zu antisemitischen und rechtsextremen Akteur*innen als auch die Positionen des halleschen Psychoanalytikers selbst. Der SDS kritisiert dabei vor allem die Scharnierfunktion die Maaz zur extremen Rechten einnimmt und fordert die Leopoldina deshalb dazu auf, hier Haltung zu zeigen. Jemand der Politik durch die Attestierung einer „narzisstischer Grundproblematik“ macht (Maaz über Angela Merkel), betreibt keine Wissenschaft, sondern Propaganda. Deshalb sollte ihm das Forum entzogen werden. Darüber hinaus fordert der SDS alle anderen Referent*innen dazu auf, dem Stiftungstag fernzubleiben.

Details zu den Forderungen und eine ausführliche Kritik finden Sie hier: <https://sdsmlu.blogspot.com/2019/11/fur-kritik-hans-joachim-maaz-gegen.html>

Für Fragen steht der SDS gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,
der Vorsitzende

„Deutschland, mir graut vor dir ...“

Da wird in Thüringen von einigen Bürgermeistern schon laut über eine Zusammenarbeit mit der AfD nachgedacht, „schließlich ist dies ja eine demokratisch gewählte Partei“. Aber Herr Mike Mohring braucht nur den Gedanken zu äußern, dass das Zusammengehen von Partei Die Linke (die ja nun auch noch von SPD und von den Grünen unterstützt wird) und CDU für sein Land Thüringen das Beste sei und da könne ihm Berlin gar nichts sagen, sofort wird er von der Bundesparteiführung der CDU so bearbeitet, das er an eine Zusammenarbeit gar nicht mehr im Traum denkt.

Aber am gleichen Tag im Radio die Meldung: die Bundesregierung will nach den Ereignissen in Halle Saale den Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland bekämpfen.

Irgendwie kam mir „Zünd“ an, es kommt die Feuerwehr“ da in den Sinn ...

Am 26.10. war ich in Nordhausen, wo im dortigen Theater unter dem Dach Roman Knizka & Ensemble Opus 45 das Programm „Küsst die Faschisten, wo ihr sie trifft“ aufführten. Den Programmtipp las ich im Internet auf der Website von der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora und wurde nicht enttäuscht.

Unbedingt sehen! Es wird hier die Zeit vom Ende der Weimarer Republik bis 1945 beleuchtet, mit Texten, beispielsweise von Kurt Tucholsky und Augenzeugenberichten, zum Beispiel zu Carl von Ossietzky, untermalt mit Musikstücken.

Diese schreckliche Zeit darf nie wieder in Deutschland

noch sonstwo auf der Welt anbrechen, die unzähligen Opfer nicht umsonst gestorben sein. Wissen wir doch: „Der Schoss ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ und am Schluss des Programms wurde von Roman Knizka auch gesagt: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen ...“.

Da wurde mir himmelangst.

Denn ich habe erlebt, dass auf Demos gegen Rechts schon die 40- und 50-jährigen aus der Partei Die Linke fehlen, mir nach dem schrecklichen 9.10. in der Geschäftsstelle der Linken gesagt wird, wir hätten schon genug für den Antifaschismus getan und auch wurde mir geraten, ich solle lieber nicht Karten mit dem Aufruf, zur Wahl zu gehen verteilen, da dies von einigen Leuten nicht gerne gesehen wird (ich denke mal, das Entfernen von Naziaufklebern auch nicht) – ja, da wurde mir wirklich sehr Angst um unsere Zukunft. Darum diese Überschrift. Aber diese Angst darf nicht lähmen, ich jedenfalls habe trotzdem die Naziaufkleber entfernt und habe den Bürgern gesagt: „geht wählen, macht von Eurem Stimmrecht Gebrauch, opfert nicht den Nazis unsere Demokratie!“, nicht nur einfach Karten verteilt.

Übrigens, das Programm „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen“ wird auch in Halle zu erleben sein – am 09.11.2019, um 19.30 Uhr im Neuen Theater.

Simone Schneider

Ehemalige BO Silberhöhe

Ein Moment der Selbstbefreiung

Am 4. November 1989, genau heute vor 30 Jahren, gab es die erste offiziell angemeldete Protestdemonstration in der DDR. 500 000 Menschen waren nach Berlin gekommen, um für ein entstaubtes, demokratisches Land zu demonstrieren. Keine Gewalt war das oberste Gebot an diesem Tag. Am Sonntagabend erinnerten im Roten Salon der Berliner Volksbühne prominente Gäste an diesen Tag der friedlichen Revolution. Eingeladen dazu hatte die Fraktion DIE LINKE.

Von Gisela Zimmer

Was war er schön, dieser 4. November 1989! Wie viel Witz hatte er, wie viel Mut brauchte er und wie viel Kraft ging von ihm aus. Jutta Wachowiak war damals dabei, Schauspielerin am Deutschen Theater. Annekathrin Bürger auch, Schauspielerin an der Volks-

bühne. Der Schriftsteller Christoph Hein. Gregor Gysi, damals nur Rechtsanwalt. Und Paul Werner Wagner, er gehörte im Jahr '89 dem Demokratischen Aufbruch an. Jetzt, drei Jahrzehnte später, erzählten die fünf von den aufregenden Herbsttagen und wie er zustande

kam, dieser unglaubliche 4. November.

Niemand wusste, ob der Tag friedlich enden würde

Er fiel nicht vom Himmel, reflektiert Paul Werner Wagner. Schon lange vor der eigentlichen Demonstration gab es den heftigen „Wunsch nach Veränderung“. Und der „Protest entstand nicht nur unter dem Dach der Kirche“, sondern auch in vielen privaten Wohnstuben, an Küchentischen, in Betrieben. Er



erzählt von Runden, in denen Kunstschaffende aller Facetten, Frauen und Männer aus der Wissenschaft, Genossen und Nichtgenossen zusammensaßen, und offen über Alternativen, Reformen, Veränderungen debattierten und nachdachten. Niemand wusste am Morgen des 4. November, ob der Tag friedlich enden würde. Dass es so kam, sei den Menschen selbst zu verdanken, ihrer „Politisierung“. Innerlich waren sie längst aufgestanden, jetzt war der „aufrechte Gang“ plötzlich möglich, ein Akt der „Selbstbefreiung“. Beifall aus dem Publikum.

Eine Premiere für Gregor Gysi

Es ist zu spüren, auch viele von ihnen waren 1989 inmitten des endlos langen Zuges, der vor der Prachtstraße Unter den Linden links abbog und eben nicht in Richtung Brandenburger Tor (deutsch-deutsche Grenze) marschierte, sondern zur großen Kundgebung auf dem Alexanderplatz. Jutta Wachowiak erzählt mit ihrer unnachahmlich trockenen Ironie, dass sie „Schiss“ hatte. Sie würde nicht zu „Heldentaten“ neigen, hätte „nur die Nase voll gehabt“ von all dem Reinreden, den Verboten und Geboten. Aber als sie dann sah, wie viele kamen und wie frech-freundlich diese Demonstration war, wurde ihr „leicht“. Es waren die Künstler aus der gesamten kleinen DDR, die diese machtvolle Demonstration auf die Beine stellten. Es war Gregor Gysi, der sie damals beriet, wo und wie man eine solche Demonstration anmeldete. Er musste sich selbst erst schlau machen, denn bis dahin hatte überhaupt

niemand so etwas angemeldet. Gysi redete dann auf dem Alexanderplatz. Eine Premiere, nie zuvor hatte er auf einer politischen Veranstaltung gesprochen, und schon gar nicht vor so vielen Menschen.

Müde und mutig

Auch Christoph Hein zählte zu den Mutigen auf dem Laster, der umgebaut als Tribüne erhalten musste. „Müde“ sei er gewesen, sagt der Schriftsteller. Müde, weil er in diesen galoppierenden Herbstwochen nicht

mehr zu seiner eigentlichen Arbeit kam, dem Schreiben. Hein hatte die Demonstration mit vorbereitet, Hein arbeitete aber auch bereits im Untersuchungsausschuss, der die gewalttätigen

Polizeiübergriffe vom 7./8. Oktober 1989 in Berlin aufklären wollte. Von einem Spiegel-Redakteur wurde er nach seiner Rede gefragt, warum „keine einzige Losung nach Wiedervereinigung“ zu sehen sei. Da war kein Thema. Nicht am 4. November mit den 500 000 Menschen, nicht bei den Demonstrationen zuvor in Leipzig und Berlin und auch nicht in der Resolution der Musiker Mitte September 1989.

Darin hießes:

„Wir wollen in diesem Land leben und es macht uns krank, tatenlos mitanzusehen zu müssen, wie Versuche einer Demokratisierung, Versuche einer gesellschaftlichen Analyse kriminalisiert bzw. ignoriert werden. Wir fordern jetzt und hier und sofort den öffentlichen Dialog mit allen Kräften.“

Sie wollten Demokratie

Dialog und Demokratie – eingeklagt am 4. November 1989 von einer halben Million sichtbaren Menschen. Sie wollten Demokratie, keinen Kapitalismus. Sich heute wieder daran zu erinnern, ist keine schlechte Idee.

Die Rede war kurz und unaufgeregt, in ihrer Forderung aber umso klarer: „Die Macht gehört nicht in die Hände eines Einzelnen oder ein paar weniger oder eines Apparates oder einer Partei“, sagte der Schriftsteller Stefan Heym am 4. November 1989. „Alle müssen teilhaben an dieser Macht. Und wer immer sie ausübt und wo immer, muss unterworfen sein der Kontrolle der Bürger, denn Macht korrumpiert.“

Wolfgang Frotscher

1947 in Radebeul geboren. Seit seinem 12. Lebensjahr beschäftigte er sich aktiv mit der Fotografie, Filmentwicklung und eigene Laborarbeit wurden für ihn selbstverständlich.

Er studierte Ingenieurpädagogik an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz). Während der Studienzeit engagierte er sich ehrenamtlich in der Studentenredaktion der Hochschulzeitung und begann damit seine journalistische Laufbahn.

Bevor er in den planmäßigen Ruhestand und gleichzeitig in den selbst verordneten „In-Ruhestand“ im Jahre 2012 ging, arbeitete er in Berlin als Bildredakteur bei der Tageszeitung „Neues Deutschland“.

Dieses Projekt wird unterstützt von:
FOTOHOLIX



FOTOAUSSTELLUNG
09.11. - 15.12.2019

Wandelhalle Kleist Forum
Platz der Einheit 1
15230 Frankfurt (Oder)

Täglich ab 12.00 Uhr
Eintritt frei



Eine fotografische Reise durch die
Geschichte CUBAs von Wolfgang Frotscher

Eröffnung: 09.11.2019
19.00 Uhr, Wandelhalle
des Kleist Forums

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 23./24./25.10.2019

#Rechtsterror

Regierungserklärung und Anträge in Reaktion auf den antisemitischen und rassistischen Terrorakt in Halle

Bestürzung, Anteilnahme und tiefe Trauer prägten die Reaktionen auf den rechtsextremen Terrorakt vom 9. Oktober 2019 in Halle. In der Debatte zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Rainer Haseloff ging Thomas Lippmann (DIE LINKE) auf Ursachen ein: „Die neue Rechte mit der AfD als ihrem parlamentarischen Arm konnte auf einem Boden gedeihen, der spätestens seit dem Beginn der achtziger Jahre durch die sogenannte ‚geistig-moralische Wende‘ in neoliberalen Denkfabriken wie der ‚Neuen sozialen Marktwirtschaft‘ vorbereitet wurde. Wir können der rechten Propaganda ihren Nährboden nur entziehen, wenn wir das Vertrauen der Menschen in die Gestaltungskraft realer Politik zurückgewinnen.

Dazu müssen die sozialen Fragen der Menschen wieder ins Zentrum der politischen Arbeit gerückt werden und wir müssen dafür endlich überzeugende Antworten liefern. Es ist doch nicht wirklich schwer zu verstehen, dass die Menschen von uns die Sicherung ihrer Lebensgrundlagen erwarten - von Bildung und Arbeit über Wohnen und Mobilität bis zur Alterssicherung und Gesundheitsversorgung und nicht zuletzt dem Schutz von Natur und Klima.“

Eine Enquetekommission soll sich nach dem Willen der Fraktion DIE LINKE mit Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft auseinandersetzen und deren Bedeutung für aktuelle Entwicklungstendenzen rechten Terrors untersuchen. Außerdem soll die Gefahrenlage neu bewertet und entsprechende Maßnahmen zum Schutz Betroffener getroffen werden. Gesellschaftlicher Diskurs, Aufklärungs- und Präventionsarbeit müssen viel stärker unterstützt werden. Deshalb forderte Thomas Lippmann: „Die umfangreichen Strukturen und Angebote der Demokratieförderung müssen langfristig in ihrer Arbeit gesichert und weiter ausgebaut werden „.

Der Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

wurde in die Ausschüsse für Inneres und Sport, Arbeit, Soziales und Integration sowie Bildung und Kultur überwiesen.

#Frieden

Wir verurteilen die völkerrechtswidrige militärische Invasion in Syrien

Die Fraktion DIE LINKE hat beantragt, einen Landtagsbeschluss herbeizuführen, der die militärische Invasion der Türkei in Syrien als eine Verletzung des Völkerrechts und damit des Nato-Vertrages verurteilt. Solidarität und Unterstützung soll die kurdische Selbstverwaltung im Norden Syriens erfahren. Sie ist die wichtigste Verbündete im Kampf gegen den IS auf syrischem Boden und die einzige politische Kraft, die in Syrien Prinzipien einer demokratischen Selbstverwaltung und der Sicherung der Rechte von Frauen durchgesetzt hat. Das faktische Gewährenlassen der Türkei nicht nur durch die USA, sondern aufgrund des Flüchtlingsdeals zwischen der EU und der Türkei durch die EU und insbesondere Deutschlands, dokumentiert den Verrat an humanistischen Grundwerten in der europäischen Flüchtlingspolitik. Durch die Zerstörung der Lebensgrundlagen und die unmittelbare militärische Bedrohung von Leib und Leben von hunderttausenden Kurdinnen und Kurden in Nordsyrien werden neue Fluchtursachen geschaffen, deren Konsequenzen sich Europa und Deutschland infolge ihres Versagens zu stellen haben. Auch in Sachsen-Anhalt gingen Menschen gegen diesen Krieg auf die Straße. Auch in Sachsen-Anhalt leben Menschen, die schon in der Vergangenheit aus den betroffenen Gebieten vertrieben worden sind und deren Chancen auf Rückkehr in ihre Heimat gerade zunichte gemacht werden.

#Kinderarmut

Kinderarmut bekämpfen und Folgen von Kinderarmut mildern

Seit 2017 arbeitet in Sachsen-Anhalt überparteilich das Netzwerk gegen Kinderarmut. Auf zahlreichen Arbeitstreffen wurde inzwischen eine Reihe von Projektideen entwickelt, die Kindern und Jugendlichen zugutekommen und Armutsfolgen mildern sol-

len. Auf einer am 18. Juni 2019 durchgeführten gemeinsamen Konferenz des Netzwerks gegen Kinderarmut und der Landeshauptstadt Magdeburg unter dem Titel „Baustelle Kinderarmut - IdeenREICH gegen KinderARMUT“ wurde ein im Konsens ein Antrag erarbeitet. Dieser fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Kindergeld und Taschengeld inklusive der Einnahmen aus sogenannten „Ferienjobs“ nicht auf die Regelsätze von Kindern und Jugendlichen angerechnet werden. Darüber hinaus soll sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, eine Änderung des SGB VIII anzustreben, damit Kinder, Jugendliche und junge Volljährige nicht mehr wie im bisherigen Umfang zu Kostenbeiträgen für stationäre, teilstationäre und vorläufige Maßnahmen der Jugendhilfe in Anspruch genommen werden. Dieser Antrag wurde angenommen.

#Landeshaushalt

Schluss mit dem Verfassungsbruch der Landesregierung

Mit dem bisher chaotischen und ergebnislosen Haushaltsaufstellungsverfahren liegt dem Landtag nach wie vor kein Haushaltsplanentwurf vor. Ohne Zeitplan und gemeinsames Ziel von Regierung bzw. Finanzministerium ist nach wie vor nicht absehbar, wann der

Haushalt eingebracht wird und verabschiedet werden kann. Damit verstößt die Landesregierung gegen die Landeshaushaltsordnung und die Landesverfassung, da der Entwurf des Haushaltsgesetzes mit dem Entwurf des Haushaltsplans in der Regel bis zum 1. Oktober beim Landtag eingebracht werden soll. Das bringt auch die Empfänger langjähriger Projektförderungen in eine schwierige Situation, da ihnen durch eine verspätete Haushaltsverabschiedung Einschnitte drohen. Mit dem Antrag wird die Landesregierung daher aufgefordert, den Haushaltsplan 2020/2021 unverzüglich vorzulegen, damit das Parlament seinen verfassungsgemäßen Aufgaben nachkommen kann, den Haushaltsplan rechtzeitig und schnellstmöglich durch Haushaltsgesetz festzustellen. Gleichzeitig sind Übergangsregelungen für die Empfänger von Projektgeldern zu garantieren.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 3. November 2019

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im Oktober 2019 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.

Im Fall Oury Jalloh muss neu ermittelt werden

Am 28. Oktober stellte die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh ein neues Gutachten der Rechtsmedizin der Universität Frankfurt vor, das zahlreiche gravierende Verletzungen Oury Jallohs vor seinem Tod feststellt. Dazu erklärt die innenpolitische Sprecherin Henriette Quade:

„Erneut sind es Medienberichte und vor allem das Engagement der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh, die neue Erkenntnisse zu Tage fördern, die die bisherigen Entscheidungen der Justiz in Frage stellen. Der Landtag hat es abgelehnt, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) einzusetzen. Die von der Koalition angekündigten Sachverständigen arbeiteten bisher nicht. Das war eine politische Entscheidung von CDU, SPD und Grünen, die den nicht vorhandenen Aufklärungswillen noch einmal fest schrieb.

Die bisherige Nichtaufklärung des Todes Oury Jalloh ist beschämend. Dass Aufarbeitung politisch bisher nicht mehrheitsfähig ist, ist nicht weniger als ein Skandal.

Von besonderer Bedeutung ist die Feststellung, dass

die Verletzungen vor dem Tod Oury Jallohs entstanden sein müssen. Denn im ärztlichen Bericht vor der Gewahrsamnahme tauchten sie nicht auf. Entweder hat der Arzt sie also ignoriert oder die Verletzungen entstanden erst im Polizeigewahrsam im Dessauer Revier.

Dass ein Untersuchungsausschuss sich auch mit der rechtsmedizinischen Arbeit befassen müsste, ist seit langem klar. Schliesslich wurde der bisher bekannte Nasenbeinbruch ebenfalls erst im Rahmen der von der Initiative veranlassten Obduktion festgestellt, nicht aber im Rahmen der durch die Justiz veranlassten Untersuchungen. Zahlreiche weitere Fragen sind nach wie vor offen. Mit den nun vorliegenden Kenntnissen über weitere schwerwiegende Verletzungen, stellt sich eine Frage umso deutlicher:

Wieso braucht es erst ein extern veranlassetes Gutachten, um diese Verletzungen zu entdecken und hat die Justiz tatsächlich alles notwendige und mögliche unternommen, um den Tod Oury Jallohs aufzuklären? Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen können immer nur bis zum Vorliegen neuer Erkenntnisse abgeschlos-

sen werden.

Das ist nunmehr der Fall. Im Fall Oury Jalloh muss neu ermittelt werden. Angesichts der Bedeutung des Falles und der Schwere des im Raum stehenden Verdachtes „Oury Jalloh - das war Mord“ wäre der Generalbundesanwalt die richtige Instanz dafür.“

Post von Lene

Liebe Linke, liebe Antinazis,
es fällt mir heute ziemlich schwer, einen Brief an euch zu schreiben, weil ich fix und fertig bin, wenn ich daran denke, was in unserer schönen Stadt Halle vor kurzem passiert ist: Ein echter, noch jüngerer Nazi will in eine jüdische Kirche, Synagoge genannt, eindringen, um die dort betenden Menschen umzubringen. Er schafft es nicht, die Tür aufzusprengen und knallt einfach eine Frau, die gerade vorbeikommt und einen jungen Mann, der in der Mittagspause in einem Dönerladen essen wollte, ab. Auf der Flucht schießt er noch auf zwei weitere Menschen und verletzt sie schwer. Er konnte zum Glück nach einer Verfolgungsjagd von der Polizei gefasst werden. Die Mutter des Nazis ist eine Grundschullehrerin, habe ich erfahren. Ich verstehe einfach nicht, wie aus einem jungen Menschen, der sogar ein Abitur hat, ein Nazi werden konnte. Hat die Mutter das nicht gemerkt? Hat sie nie mit ihm über die Verbrechen der Nazis, die sechs Millionen Juden ermordet haben, gesprochen? Es waren viele Menschen, nicht nur in Halle, die mit den Angehörigen und Freunden der Opfer gedacht und Wut darüber empfunden haben, dass so etwas in Deutschland wieder möglich sein konnte. Ich denke aber, Wut allein reicht nicht aus. Ich finde, es muss überall, ob in der Schule oder zu Hause, wieder deutlich mehr über die Verbrechen der Nazis von 1933-1945 gesprochen werden. Es muss, denke ich, über die sechs Millionen Juden, darunter die Familie von Anne Frank, über ermordete Männer, Frauen und Kinder in Polen, der Sowjetunion, in Frankreich, über Kommunisten wie Ernst Thälmann, Studenten wie Hans und Sophie Scholz, Sozialdemokraten, Christen wie der Pfarrer Paul Schneider im KZ Buchenwald geredet werden. Ich war mit meinen Großeltern im von den Nazis errichteten Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Ich stand mit ihnen an dem Galgen, sah den Prügelbock, auf dem Häftlinge totgeschlagen wurden, sah die Zellen im Bunker, wo in kleinen Zellen Häftlinge

stundenlang stehen mussten, geprügelt, erschlagen oder aufgehängt worden sind. Sie haben mir die Zelle gezeigt, in die die Nazis den Pfarrer Paul Schneider gesperrt hatten, der den Mut besaß, zu den Häftlingen trotz angedrohter Folter durch das vergitterte Zellenfenster wieder und wieder zu sprechen. Er wurde danach vor allem wegen seines Widerstandsmutes gefoltert und schließlich 1939 durch eine Giftspritze ermordet. Ich sah das Krematorium, in dem die toten Häftlinge verbrannt und mit einer Keule totgeschlagen wurden, wenn noch ein Lebenszeichen in ihnen war.



Ist das schon alles wieder vergessen?

Wir haben auch in unserer Klasse über das furchtbare Nazi Verbrechen bei uns in Halle gesprochen. Und es gab niemanden in meiner Klasse, den das kalt gelassen hätte.

Unsere Klasse hat die Idee, eine Wandzeitung in unserer Schule anzubringen, auf der wir unsere Gedanken und Gefühle aufschreiben wollen, die uns bewegen. Ich habe mir vorgenommen, etwas über das Schicksal von Anne Frank, das mich so zum Weinen gebracht hat, für die Wandzeitung aufzuschreiben.

Ich bin etwas traurig darüber, dass unser Hendrik Lange nicht der neue Oberbürgermeister geworden ist, aber er hatte auf jeden Fall erst mal den CDU/FDP-Kandidaten ausgestochen, und in der Stichwahl haben über 38 % für Hendrik gestimmt. Das war schon einmal eine Leistung, weil der Wiegand seinen Amtsbonus(?) ausnutzen konnte. Ich denke mir das so: Der Herr Wiegand konnte als OB hier einen Spatenstich machen, dort irgendeine Persönlichkeit begrüßen, bei öffentlichen Feiern reden - so kam er immer in die Zeitung oder in Halle TV. Da konnte er eben auch mal eine Diskussionsveranstaltung, zu der er und Hendrik Lange eingeladen waren, wegen angeblich anderer Termine schwänzen.

Tschüss Eure Lene

Brexit, Deal – und wie weiter?

Eine Zusammenfassung zum aktueller Stand der Brexit-Verhandlungen aus der Sicht von Helmut Scholz (MdEP)

Am 17. Oktober haben sich die Verhandler von EU und Vereinigtem Königreich auf eine Übereinkunft zum Brexit geeinigt.

Was wurde vereinbart?

Die bisher ausgehandelte Austrittsvereinbarung (in der Fassung EU-Kommission – Regierung T. May) bleibt teilweise unberührt (z.B. bezüglich der Bürger*innenrechte, des finanziellen Ausgleichs ...). Die jetzigen Verhandlungen konzentrierten sich auf Folgendes:

Überarbeitetes Protokoll über die Grenze zu Irland
– Es gäbe keinen „Backstop“ mehr (Dies solle nur gelten, wenn und solange die Vereinbarung über die zukünftige Beziehung alle Fragen löst). Stattdessen gilt die jetzt gefundene Vereinbarung unabhängig von der zukünftigen Beziehung.

– Die Vereinbarung führt Zoll-, Mehrwertsteuer- und Regulierungsvereinbarungen ein, was bedeuten würde, dass Kontrollen und Überprüfungen an der Grenze zu Irland nicht erforderlich wären. Alle Kontrollen und Überprüfungen sollen „rund um die Insel Irland“ durchgeführt werden.

– Um dies zu erreichen, soll Nordirland o an eine bestimmte Anzahl von Binnenmarktregeln (hauptsächlich für Waren) angepasst bleiben, o innerhalb der EU-Mehrwertsteuerregelung verbleiben,

o weiterhin den EU-Zollkodex einhalten (währendes „de jure“ noch Teil des britischen Zollgebiets ist),

– die Vereinbarung würde ein komplexes und zusammengerolltes „Zustimmungsverfahren“ einführen, an dem die Parlamentarische Versammlung von Nordirland beteiligt wäre. Dieses Verfahren gilt vier Jahre nach Ablauf der Übergangszeit und ist danach alle vier Jahre zu aktivieren.

Überarbeitete politische Erklärung zum Rahmen der künftigen Beziehungen

– Die wichtigste Änderung der Politischen Erklärung betraf die britische Präferenz für ein Modell eines Freihandelsabkommens (das weitaus weniger ambi-

tioniert wäre als die vorherige Politische Erklärung). Das Modell enthielte das Ziel, ein Freihandelsabkommen ohne Zölle und Quoten zu schaffen, verbunden mit soliden Verpflichtungen zu „gleichen Wettbewerbsbedingungen“, um einen offenen und fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

Aus meiner Sicht ist bei jedweder Vereinbarung für das künftige Verhältnis EU-Vereinigtes Königreich unbedingt zu sichern und zu berücksichtigen, dass diese hinsichtlich der Problemkreise rechtlich verbindliche und einklagbare sowohl auf EU-Ebene bzw. auf jeweiliger nationaler Ebene enthalten muss:

Für die Bürger*innen

Es ist wichtig, dass es ein Abkommen gibt, das den Mindestschutz für Bürger (EU-Bürger mit Wohnsitz in Großbritannien und Briten in der EU27) gewährleistet, inkl. der „erworbenen Rechte“, die in das ursprüngliche Abkommen aufgenommen wurden.

Für das Beziehungsgeflecht Nordirland – Irland

Es ist wichtig, dass es eine Vereinbarung gibt, um die schlimmsten Schäden, die der Brexit der Insel Irland zufügt, zu mildern.

Die Vermeidung von Kontrollen und Kontrollen an der Grenze ist aus politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gründen unerlässlich. Wenn die Kontrollen wieder eingeführt würden, wäre dies ein großer Rückschlag für den Friedensprozess und den politischen Prozess in Irland.

Das „consent“-Verfahren ist eine Verzerrung des Grundsatzes der Zustimmung (so im Karfreitagsabkommen verankert) durch die Demokratische Unionistische Partei (DUP) und die britische Regierung. Angesichts der erschreckenden Bilanz dieser britischen Regierung in Bezug auf das Karfreitagsabkommen muss man sehr aufmerksam auf dessen Erhalt und Umsetzung achten.

Die im vorherigen Protokoll enthaltenen Bestimmungen über gleiche Wettbewerbsbedingungen wurden gestrichen und in die Diskussionen über die künftigen Beziehungen einbezogen. Das bedeutet, dass Nord-



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat November Geburtstag haben.



Irland, wenn es kein zukünftiges Handelsabkommen gäbe, das britische Recht in Bezug auf (z.B.) Sozial- und Beschäftigungsstandards und Umwelt befolgen würde. Dies birgt nicht nur die Gefahr, die Wirtschaftssituation in den Grenzregionen zu verzerren, sondern auch bestimmte Umweltrisiken (z.B. bei Herstellungsverfahren, die Umweltverschmutzungen bedeuten), die die Grenze überschreiten.

Das Fehlen gleicher Wettbewerbsbedingungen droht auch die Nord-Süd-Kooperation (wie im APS vorgesehen) zu beeinträchtigen, insbesondere in „vereinbarten Kooperationsbereichen“ wie Gesundheit, Umwelt, Verkehr, ...

Die Verpflichtung, die „Zustimmung“ alle vier Jahre zu erneuern, ist von Natur aus destabilisierend. Es brächte Unsicherheit in die Gemeinden und Unternehmen. Die Freizügigkeit von EU-Bürgern (mit Ausnahme von Iren), die in Nordirland leben und arbeiten, wird aufgehoben.

Es ist nicht vorgesehen, dass EU-Bürger, die auf der einen Seite der Grenze leben, auf der anderen Seite arbeiten oder studieren dürften oder Zugang zu Dienstleistungen usw. erhielten.

Die Bestimmungen für Rechte (einschließlich sozialer und wirtschaftlicher Rechte) sind sehr schwach.

Im Rahmen der zukünftigen Beziehungen bleibt eine Vielzahl von Fragen zu klären.

Es wäre besser für die EU und die irische Regierung, mit den Vorbereitungen für die eventuelle Vereinigung Irlands (wie im Karfreitagsabkommen vorgesehen) zu beginnen.

Nächste Schritte

Das britische Unterhaus wird am 19.10.2019 über die Vereinbarung beraten. Es ist unwahrscheinlich, dass es eine Mehrheit gibt, die das Abkommen unterstützt. Nach Stand vom 20.10. wurde die Entscheidung vertagt; Premier Johnson hat bei der EU um eine Fristverlängerung nachgesucht.

Wenn das Abkommen verabschiedet werden sollte, dann wahrscheinlich nur unter der Bedingung, dass es ein anschließendes Referendum gibt. Andernfalls ist

es wahrscheinlich, dass die britische Regierung gezwungen sein wird, den Zeitraum nach Artikel 50 zu beantragen und zu verlängern. Bei einer solchen Verlängerung ist es wahrscheinlich, dass es entweder ein Referendum oder eine Parlamentswahl in Großbritannien geben wird.

Jean-Claude Juncker hat als EU-Kommissionspräsident gesagt, dass es keine Verlängerung geben wird.

Wird Großbritannien die EU bis zum 31. Oktober verlassen?

Möglicherweise:

- Wenn es eine Mehrheit im Unterhaus gibt, um die erzielte Vereinbarung zu verabschieden.
- Oder wenn eine Verlängerung beantragt, aber nicht gewährt wird.

Was hat das Europäische Parlament zu tun?

Wenn es am 19.10.2019 im britischen Unterhaus eine Mehrheit gäbe, dann ist es wahrscheinlich, dass das EP in der nächsten Woche in Straßburg über einen Antrag auf Zustimmung abstimmen wird.

Wie wäre es mit einer technischen Erweiterung?

Erscheint möglich, um etwas mehr Zeit zur Überprüfung zu haben und um sicherzustellen, dass die Vereinbarung rechtlich einwandfrei ist.

Für Boris Johnson wäre dies aber politisch schädlich, so dass er, wenn er durch das britische Parlament nicht zu einer Verlängerung gezwungen wäre, die Verlängerung sehr unwahrscheinlich ist.

Weitere Infos gibt es auch bei der Task Force der EU-Kommission zu diesem Thema: https://ec.europa.eu/info/departments/taskforce-article-50-negotiations-united-kingdom_de

Kontakt

Büro Helmut Scholz

Mitglied des Europäischen Parlaments

Handels- und verfassungspolitischer Sprecher der Delegation

Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V.

20.11. 19, Mittwoch 18.00 Uhr, Moderiertes Gespräch, Halle
30 Jahre 1989 Wende-Gespräch mit Akteur*innen und Zeitzeug*innen
mit Roland Claus, Dr. Frank Eigenfeld, Dr. Renate Federle und Michael Teske,
Moderation: Prof.Dr. Patrick Wagner (MLU Halle-Wittenberg)
im Puschkinhaus, Spiegelsaal, Kardinal-Albrecht-Straße 6, 06108 Halle

Anlässlich 30 Jahre „Wende“ werden Ausgangspunkte, Vorstellungen, Ziele, Gestaltungsspielräume und Ereignisse in Halle reflektiert. Akteur*innen und Zeitzeug*innen erinnern sich. Wie waren damals und sind heute die Perspektiven von Bürgerrechtler*innen? Welche Möglichkeiten gab es für Reformkräfte in der SED/PDS? Was war in der Wirtschaft, den Kombinat und an der Universität zu spüren?

Roland Claus studierte an der TH Merseburg; war bis 1989 1. Sekretär der Bezirksleitung Halle der FDJ; Ende 1989 letzter 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED; 1990 bis 1991 Bezirksvorsitzender der PDS Halle; März bis Oktober 1990 Mitglied der Volkskammer; 1990-1998 Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt; bis 2017 Mitglied des Bundestags (Fraktion Die Linke).

Dr. Frank Eigenfeld war 1970-1982 wiss. Assistent am Geologischen Institut der MLU; Entlassung aus dem Hochschuldienst wegen Verweigerung als Ausbilder im ZV-Lager der MLU teilzunehmen; 1982-1990 Hausmeister in der Evangelischen Kirchengemeinde „Am Gesundbrunnen“ in Halle; 1990 Wiedereinstellung an der Universität; 1992 Rehabilitation und Entschuldigung.

Dr. Renate Federle absolvierte ein Lehrerstudium an der MLU in den Fächern Sport & Deutsch; 1977 Promotion in der Sportwissenschaft; ab 1978 dort unbefristete wissenschaftliche Mitarbeiterin; parteilos; als Kulturobfrau im FDGB gewerkschaftlich engagiert; nach 1990 über 20 Jahre Mitglied des akademischen Senats und Vorsitzende des Personalrats der Martin-Luther-Universität.

Michael Teske studierte an der TH Merseburg und stolperte sehr bald über den Widerspruch zwischen offiziellem humanem Anspruch des Sozialismus und den Tatsachen; 1989 Jungingenieur bei INEX Leipzig wo mit sehr unzureichenden Mitteln versucht wurde, die Abgase von Braunkohle-Großkraftwerken und anderen Feuerungsanlagen zu filtern.

26.11. 19, Dienstag 19 Uhr, Theaterstück
Die Vertreibung des Bauhauses aus Dessau 1932 und der Kulturkampf von rechts
Ein dokumentarisches Theaterstück von Lars Breuer und Bianca Beck
Mit Thomas Zieler als Oberbürgermeister Fritz Hesse und Thomas Hupfer als Rechtsanwalt Dr. Eisenberg
in der Freien Spielstätte, Waisenhausring 2, 06108 Halle, Eintritt frei!

Nachdem die Nationalsozialisten im Freistaat Anhalt und in der Stadt Dessau die Macht erlangt haben, beschließen sie im August 1932 – zusammen mit anderen rechten Kräften – die Schließung des Bauhauses in Dessau. Im März 1933 wird der langjährige Dessauer Oberbürgermeister Fritz Hesse, ein überzeugter liberaler Demokrat und Förderer des Bauhauses, zwangspensioniert. Die Nationalsozialisten richten einen Untersuchungsausschuss ein und leiten strafrechtliche Ermittlungen gegen Hesse ein. Das Stück spielt im Frühsommer 1933, zu einem Zeitpunkt, als der Ausgang der Ermittlungen noch offen ist und in der die Nazis drohen, Hesse in sogenannte „Schutzhaft“ zu nehmen. Das Stück rekonstruiert anhand von Originalzitate und zeitgenössischen Zeitungsartikeln die rechten Angriffe gegen das Bauhaus Dessau und die politischen Reaktionen darauf. Dabei erweisen sich viele Aussagen der damals Beteiligten als erstaunlich aktuell.

Anmeldung:
https://www.geschlechtergerechtejugendhilfe.de/tagung_27-02-2020/

Eine Veranstaltung von



weitere
Mitveranstalter*innen
sind angefragt.

Impressum:

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.

Schleierufer 14 • 39104 Magdeburg • Tel: 0391 – 535 394 80 • Fax: 0391 – 597 95 38

Email: info@kjr-lsa.de • Facebook: [facebook.de/kjr.lsa](https://www.facebook.com/kjr.lsa)

V.i.S.d.P.: Fabian Pfister, Vorsitzender

Dieser Flyer wird finanziert durch



Kinder- und Jugendhilfe & Schule verqueeren!

Methodenwerkstatt zur sexuellen und
geschlechtlichen Vielfalt

27.02.2020

Otto-von-Guericke-Universität
Magdeburg, Gebäude 40

FACHTAG

Kinder- und Jugendhilfe & Schule verqueeren! Methodenwerkstatt zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt

Sei es in der Kita, im Hort, in der Schule sowie im Sportverein, in der Jugendgruppe, oder in der offenen Jugendarbeit – überall werden Kinder- und Jugendliche damit konfrontiert, dass Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit die Norm bilden. Davon abzuweichen kann bedeuten, mit Klischees konfrontiert zu werden und homo-, trans*- und inter*feindlichen Anfeindungen ausgesetzt zu sein. Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, Erzieher*innen, Pädagog*innen, Ehrenamtliche, Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen wollen oftmals lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans*- und genderdiversen Kindern- und Jugendlichen Unterstützung bieten – doch wie kann das gehen? Ein Klima der Vielfalt, eine Pädagogik der Vielfalt in Kita, Schule und Jugendorganisationen und -einrichtungen zu leben ist eine Herausforderung.

Dieser Fachtag soll konkrete Alltagserfahrungen von jungen LSBTIQ* Menschen aufzeigen und Anstöße bzw. Impulse geben, wie Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sich diesen Zielgruppen öffnen und sie, gewinnbringend für alle, unterstützen können. Welche Angebote gibt es bereits für queere Kinder- und Jugendliche regional und bundesweit? Welche Bedarfe und Handlungsnotwendigkeiten bestehen weiterhin?

Die Vielfalt der sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten soll unter, für und mit Jugendlichen sichtbar gemacht werden, um diese zukünftig in der Kinder- und Jugendarbeit besser zu verankern und so strukturelle Diskriminierungen in diesem Bereich abzubauen. Der Fachtag richtet sich an pädagogische Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, außerschulischen Jugendbildung, Hilfen für Erziehung, Sozialarbeiter*innen, Lehrer*innen und Interessierte.

Ziel ist es, Methoden, Instrumente und Handlungsstrategien aufzuzeigen, um Kinder- und Jugendarbeit „queerer“ zu machen. Wie das gehen kann, wollen wir diskutieren, dafür sowohl konzeptionell als auch praktisch Möglichkeiten aufzeigen. Hierzu bieten wir im Rahmen des bundesweiten Fachtags ein neues interaktives Format an, in dem jede*r Teilnehmer*in an bis zu vier Workshops zu unterschiedlichen Themen partizipieren kann. Der Fachtag besteht neben einem Einführungsvortrag aus insgesamt 4 Workshopphasen mit insgesamt 10 parallel laufenden 45minütigen Workshops zu unterschiedlichen Themen wie „Bücher bis 10 Jahre“, „Regenbogenfamilien“, „Spiele/ Methoden/Filme ab 10“, „Schutzkonzepte“, „Unterstützung queerer Schüler*innen“ und viele Weiteren. Abgerundet wird der Fachtag mit einer Podiumsdiskussion mit Akteur*innen aus der Kinder- und Jugendhilfe und Vertreter*innen der Landespolitik. Das detaillierte Programm mit allen Workshopthemen finden Sie online auf der Website des Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V.

Veranstaltungsort:
Otto-von-Guericke-Universität • Fakultät für Humanwissenschaften (FHW, Geb.40)
Zschokkestraße 32 • 39104 Magdeburg

Sozialstaat stärken durch Arbeitslosengeld Plus Pressemitteilung von Susanne Ferschl,

„Hartz IV war ein Angriff auf unsere Sozialversicherungssysteme und hat viele Beschäftigte schutzlos dem Niedriglohnssektor ausgeliefert. Um mit dieser Logik zu brechen, müssen wir die Arbeitslosenversicherung stärken: Wer einzahlt, muss auch vom Schutz profitieren“, erklärt Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, zum heute vorgestellten Konzept der Fraktion zur Stärkung der Arbeitslosenversicherung. Ferschl weiter:

„Das Arbeitslosengeld I (ALG I) muss höher sein, früher greifen und länger gezahlt werden. Das Prinzip dabei ist so einfach wie gerecht: Wer über viele Jahre Arbeit Beiträge geleistet hat, soll länger abgesichert sein. Im Anschluss an den Bezug des ALG I soll das neue - ebenfalls über Beiträge finanzierte - Arbeitslosengeld Plus (ALG Plus) Beschäftigte davor schützen, bei Jobverlust auf staatliche Fürsorgeleistungen angewiesen zu sein. Wer zum Beispiel 15 Jahre beschäftigt war, erwirbt einen Anspruch auf 25 Monate ALG I und 25 Monate ALG Plus. Das verschafft Beschäftigten die notwendige Zeit und materielle Sicherheit, um sich einen Job zu suchen, der ihren Qualifikationen entspricht.

Menschen wollen arbeiten, sich dabei aber nicht unter Wert verkaufen. Wir erkennen die Lebensleistung der Beschäftigten an. Soziale Sicherheit im Fall von Arbeitslosigkeit ist kein staatliches Almosen, sondern ein erworbener Anspruch in der Sozialversicherung. Durch die Beitragsfinanzierung beider Leistungen nehmen wir die Arbeitgeber in die Pflicht, damit das Risiko von Arbeitslosigkeit nicht allein bei den Beschäftigten liegt. Gleichzeitig schützen wir so ihre erarbeiteten Ersparnisse. DIE LINKE wird ihr Konzept zur Stärkung der Arbeitslosenversicherung zeitnah in den Bundestag einbringen.“

**Senioren-Cafe' am 27. November
ab 14:30 Uhr
im Linken Laden, Leitergasse 4 :**

Weihnachtlicher Jahresausklang mit Rückblick auf 2019 und Vorschau 2020

Quantensprung für soziale Grundrechte Pressemitteilung von Katja Kipping,

„Das ist wirklich ein bemerkenswertes Urteil. Es gibt Rückenwind für den weiteren politischen Kampf für Sanktionsfreiheit. Ein Quantensprung für soziale Grundrechte“, erklärt Katja Kipping, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Parteivorsitzende, zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vereinbarkeit von Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende mit dem Grundgesetz. Kipping weiter:

„Das Bundesverfassungsgericht hat heute erklärt, dass Totalsanktionen, Sanktionen, die die Hartz-IV-Sätze um mehr als 30 Prozent mindern, und Sanktionen, die eine besondere Härte darstellen bzw. eine starre Dauer haben, mit der Menschenwürde und dem Sozialstaatsprinzip unvereinbar sind. Weiter heißt es im Urteil: Die Menschenwürde muss man sich nicht erarbeiten. Damit wird den geltenden Sanktionsregeln ein Riegel vorgeschoben.

Dieser Erfolg wiegt umso schwerer, als Karlsruhe sich mit politischen Vorgaben zurückhält und lediglich die Verfassungsmäßigkeit prüft. Als LINKE werden wir nun der Bundesregierung und konkret Sozialminister Hubertus Heil auf die Finger schauen, dass die Umsetzung umgehend erfolgt. Zugleich geht der Kampf um politische Mehrheiten für die vollständige Sanktionsfreiheit und die Überwindung von Hartz IV weiter. Die gute Nachricht ist: Wir werden dabei immer mehr!“

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



29. Nov. 2019 - Diakoniewerk Halle/Saale

Die extreme Rechte bekämpfen in Zeiten des Rechtsrucks

Fachtag der Fraktion **DIE LINKE**. im Landtag von Sachsen-Anhalt
& der Fraktionsvorsitzendenkonferenz **DIE LINKE**.

